

Tagesspiegel

## **Streit um Flüchtlings-Neubau in Pankow: Berliner Senat nennt erstmals Zeitraum für Entscheidung**

**Mit 99 Wohnungen für Geflüchtete soll der Kiez am Schlosspark Schönhausen verdichtet werden. Der Bezirk ist dagegen. Nun äußert sich die Senatsbauverwaltung.**

Von Christian Hönicke 03.02.2023, 10:46 Uhr

Kommt die umstrittene Geflüchtetenunterkunft am Schlosspark Schönhausen in Berlin-Pankow? Die Auseinandersetzung zwischen dem Bezirk und dem kommunalen Wohnungsunternehmen Gesobau könnte schon bald geklärt werden. Auf Tagesspiegel-Nachfrage sagte Martin Pallgen, der Sprecher des Stadtentwicklungssenators Andreas Geisel (SPD), dass die Entscheidung über das Projekt frühestens Mitte Februar fallen könnte.

Es geht um den Kiez zwischen Kavaliestraße, Ossietzkystraße, Am Schlosspark und Wolfshagener Straße. Die Nachverdichtung der beiden Wohnhöfe in der Hand der Gesobau ist im sogenannten „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ vorgesehen. Der Bezirk Pankow stoppte das Vorhaben durch die Aufstellung eines Bebauungsplans – mit der Begründung des in Pankow ausgerufenen „Klimanotstands“.

Nun will die Gesobau dort Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) errichten. Das ist per Sonderbaurecht grundsätzlich möglich. Und weil die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung darüber entscheidet, könnte der Bezirk dabei umgangen werden.

Pankows Bezirksamt und Bezirksverordnete lehnen den Vorstoß ab. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kritisierte in einem neuen Beschluss die „handstreichartige“ Nachverdichtung, die das Flüchtlingsbaurecht „instrumentalisieren“ und daher „in höchstem Maße fragwürdig und nicht hinnehmbar“ sei.

Die BVV forderte die Gesobau offiziell auf, den Bauantrag zurückzunehmen – laut Pankows Baustadträtin Rona Tietje (SPD) hält das Unternehmen jedoch daran fest. Sie zeigte sich zudem wenig erfreut darüber, dass der Bezirk noch nicht einmal einen möglichen Entscheidungstermin genannt bekam.

### **Die Gesobau hat den Antrag Ende Dezember eingereicht**

Diesen nannte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auch auf Tagesspiegel-Nachfrage nicht explizit. Allerdings gab sie an, dass der Bauantrag der Gesobau am 20. Dezember 2022 gestellt wurde und zwei Tage später eingegangen sei. Laut Behördensprecher Pallgen ist darin von zwei Unterkünften für Geflüchtete die Rede, mit insgesamt 99 Wohnungen für bis zu 422 Bewohner. Die Nutzung soll durch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) erfolgen.

Aktuell läuft das vorgeschriebene Anhörungsverfahren. Nach der Rückmeldung aus Pankow warte man auf „Stellungnahmen der Bedarfsträger“ (Senatssozialverwaltung und LAF), sagt Pallgen: „Diese erwarten wir bis Mitte Februar.“ Daran schließt sich dann das weitere Verfahren an, so Pallgen, „von dem ich im Augenblick noch nicht sagen kann, wie lange es noch dauert“.

Pallgen erneuerte die Aussage, dass eine Entscheidung durch die Senatsverwaltung in der Tat noch nicht gefallen sei. Die „planungsrechtliche Beurteilung“ darüber hänge noch von den ausstehenden Stellungnahmen ab.